

Beschlussempfehlung

Hannover, den 22.08.2024

Ausschuss für Inneres und Sport

Bevölkerungs- und Katastrophenschutz in Niedersachsen zukunftsfähig gestalten - Behörden und Hilfsorganisationen auf hybride Bedrohungslagen kontinuierlich vorbereiten

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/534

(Es ist keine Berichterstattung vorgesehen.)

Der Ausschuss für Inneres und Sport empfiehlt dem Landtag, den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 19/534 in folgender Fassung anzunehmen:

Entschließung

Bevölkerungs- und Katastrophenschutz in Niedersachsen zukunftsfähig gestalten - Behörden und Hilfsorganisationen auf hybride Bedrohungslagen kontinuierlich vorbereiten

Putins brutaler Interventionskrieg in der Ukraine hat eine vollkommen neue Sicherheitslage in Europa, Deutschland und Niedersachsen zur Folge. Zusätzlich haben die Krisen- und Katastrophenslagen der vergangenen Jahre von der Corona-Pandemie über örtliche Hochwasser- und Starkregenereignisse bis hin zu den starken Migrationsbewegungen auch bei uns im Land gezeigt, wie vielfältig und anspruchsvoll die Einsatzszenarien im Katastrophenschutz sein können.

Dabei haben die niedersächsischen Katastrophenschutzbehörden im Zusammenwirken mit dem Ministerium für Inneres und Sport in den letzten Jahren gezeigt, wie leistungsfähig sie sind und wie sehr wir uns insbesondere in Ausnahmeständen auf unseren Zivil- und Bevölkerungsschutz verlassen können. Um dies auch für die Zukunft zu gewährleisten, ist es erforderlich, die Erfahrungen der letzten Jahre zu nutzen und die bestehenden Strukturen kontinuierlich den sich verändernden Bedürfnissen anzupassen.

Zudem zeigt sich, dass der engagierte Einsatz der vielen tausend ehrenamtlichen Kräfte von Hilfsorganisationen und Feuerwehren zu einem gut aufgestellten Katastrophenschutz beiträgt und Maßnahmen zur Helfermotivation erforderlich sind sowie die auskömmliche Finanzierung unserer Hilfsorganisationen Grundvoraussetzung ist.

Dass sich das Land dieser besonderen Verantwortung bewusst ist, hat es im letzten Frühjahr, als erstes Bundesland überhaupt, u. a. mit dem Ad-hoc-Paket im Umfang von 40 Millionen Euro bewiesen. Diese Mittel wurden zusätzlich für kurzfristige und mittelfristige Maßnahmen bereitgestellt. Unser gemeinsames Ziel ist es, auch langfristig wichtige Investitionen im Katastrophenschutz auf den Weg zu bringen und die Strukturen und Institutionen des Katastrophenschutzes dauerhaft zu stärken.

Vor allem die Auswirkungen des fortschreitenden Klimawandels, der neben außergewöhnlich heftigen Regenfällen auch Dürreperioden mit sich bringt, werden künftig häufigere und vielfältigere Schadenslagen verursachen. Bei der Weiterentwicklung des Katastrophenschutzes müssen diese Gefahren berücksichtigt und muss Niedersachsen auch auf neue Szenarien angemessen vorbereitet werden. Dies setzt neben den erforderlichen organisatorischen und personellen Anpassungen der zuständigen Behörden auch die adäquate Ausstattung der im Katastrophenschutz tätigen Organisationen voraus.

Um die Resilienz der Bevölkerung weiterhin zu fördern, sind auch Maßnahmen zur Stärkung des Gefahrenbewusstseins und der Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung notwendig.

Der Landtag bittet die Landesregierung,

1. auf Grundlage der gegenwärtigen Erkenntnisse aus dem Umgang mit Pandemie, Klimawandel, Krieg und hybrider Bedrohungen unter Einbeziehung des Landesbeirats Katastrophenschutz organisatorische, strukturelle und rechtliche Optimierungspotenziale des Katastrophenschutzes in Niedersachsen zu prüfen und dem Landtag zu berichten,
2. die Maßnahmen und Ziele des Ad-hoc-Pakets weiterhin umzusetzen und fortzuführen,
3. darauf aufbauend eine Strategie vorzulegen, wie der Katastrophenschutz dauerhaft weiterentwickelt werden kann,
4. die Zuschüsse für Investitionen an die im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen und Feuerwehren im Dialog mit diesen anzupassen. Neben Investitionen in Ausstattung und Material sollen auch Strategien für den vorbeugenden Schutz vor Katastrophen und Bränden sowie technische Hilfeleistungen gefördert werden.
5. eine Resilienzstrategie zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Katastrophen zu erarbeiten und so zur Verbesserung der Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung beizutragen,
6. zur systematischen Fortentwicklung und Unterstützung der ehrenamtlichen Strukturen weiterhin Maßnahmen in den Bereichen Anerkennung, Ausstattung und Ausbildung sowie Nachwuchsgewinnung innerhalb der Hilfsorganisationen und Feuerwehren zu entwickeln und zu fördern,
7. für ein besseres risiko-, gefahren- und lagebezogenes Informations- und Koordinationsmanagement, auch als Schnittstelle zum GeKoB (Gemeinsames Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz), die Einrichtung eines Krisenreaktionszentrums mit einer Landesleitstelle umzusetzen,
8. ein Krisenkommunikationskonzept für sichere, satellitengestützte Kommunikation für Krisenstäbe und Leitstellen zu erarbeiten,
9. länderübergreifende Großübungen, auch unter Einbindung der Bundeswehr, zu planen und durchzuführen,
10. die Ausbildungskapazitäten und den Ausbildungsstandard an der NLBK in Celle, Scheuen und Loy zu prüfen und durch geeignete Maßnahmen zu erhöhen oder umzuschichten,
11. zu prüfen, wie die Attraktivität der Rettungsberufe gesteigert werden kann,
12. sich weiterhin zu einem europäischen Katastrophenschutz zu bekennen und sich z. B. im Rahmen der Bereitstellung von Löschflugzeugen aktiv an der Schaffung zusätzlicher Kapazitätsreserven der EU (RescEU) zu beteiligen,
13. sich weiterhin für den Feuerwehrflugdienst einzusetzen und diesen langfristig abzusichern und fortzuentwickeln unter Einbindung beispielsweise von Drohnen.

Darüber hinaus bittet der Landtag die Landesregierung, sich gegenüber dem Bund dafür einzusetzen, dass

1. der Wiederaufbau des flächendeckenden Sirenen- und Alarmnetzes in unserem Land gemeinsam und konsequent fortgesetzt wird,
2. das „Stärkungspaket Bevölkerungsschutz“ in Höhe von 10 Milliarden Euro durch den Bund in der laufenden Wahlperiode tatsächlich umgesetzt wird,
3. das in Aussicht gestellte Logistikzentrum des Bundes in Westerstede zügig eingerichtet und eines der geplanten „Labore 5 000“ in Niedersachsen stationiert wird.

Doris Schröder-Köpf
Vorsitzende

(Verteilt am 29.08.2024)